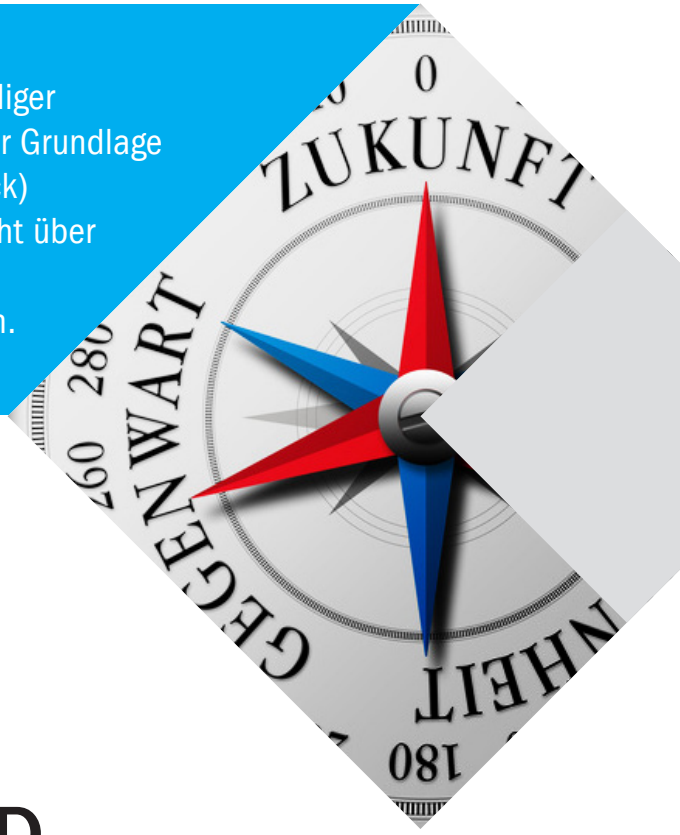
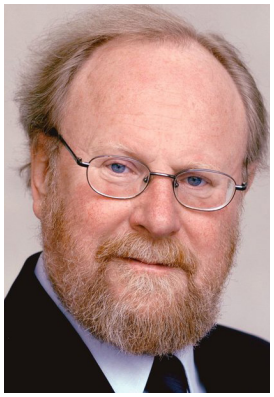
VERSTEHEN.
VERTRAUEN.
VERANTWORTEN.

Wir machen Schule für junge Menschen, um sie „zu mündiger religiöser Lebensgestaltung und Weltverantwortung auf der Grundlage des katholischen Glaubens zu befähigen“. (Stiftungszweck)
Was unsere Schülerinnen und Schüler bei uns lernen, geht über den Erwerb von Kompetenzen in allen Fächern hinaus.
Sie lernen, zu verstehen, zu vertrauen und zu verantworten.



Wolfgang Thierse

CHRIST SEIN IM EINWANDERUNGSLAND



Wolfgang Thierse

Knapp drei Jahrzehnte ist das erst her: die friedliche Revolution, die Überwindung des Ost-West-System-Konflikts, die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung Europas. Welche Euphorie damals, welche Hoffnungen auf ein goldenes Zeitalter des Friedens! Und schon erleben wir eine neue, dramatische Wendung der Geschichte. Hunderttausende Flüchtlinge kommen nach Europa, nach Deutschland – eine Bewegung, die vermutlich anhalten wird. Sie trifft auf ein verunsichertes, zerstrittenes Europa, Deutschland eingeschlossen. Die Folgen der Migration für die deutsche Gesellschaft übertreffen die der Wiedervereinigung. Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen werden unsicher, individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt durch die Fremden, die uns nahegerückt sind, als Folge der Globalisierung, offener Grenzen, der Zuwanderer und Flüchtlinge.
Die Folge sind Entheimatungsängste, die sich in Vorurteilen, Wut und aggressivem Protest ausdrücken.
Genau das ist unsere demokratische Herausforderung und sie ist eine politisch-moralische Herausforderung: Dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker und selbstbewusster geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen.

Was ist zu tun? Worüber müssen wir uns in unserem Land, in unserer Gesellschaft verständigen einer durch den Zustrom von Fremden verunsicherten, gespaltenen Gesellschaft?
Ich beginne mit vier Notwendigkeiten, die eigentlich Selbstverständlichkeiten sind:

Schulstiftung
im Bistum Osnabrück

VERSTEHEN.
VERTRAUEN.
VERANTWORTEN.

Ehrlichkeit im Ansprechen und Aussprechen der Probleme und Herausforderungen, ohne Beschönigungen, aber auch ohne Dramatisierungen so sachlich wie möglich, die doppelte Aufgabe benennen: Die zu uns Gekommenen sollen, sofern sie hier bleiben wollen, heimisch werden im fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden. Das kann nur gelingen, wenn alle die gleiche Chance zur Teilhabe an den öffentlichen Gütern des Landes haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur, wenn alle menschliche Sicherheit und Beheimatung erfahren, was Politik ohne die Zivilgesellschaft nicht leisten kann. Ob die zu uns Gekommenen diese Gesellschaft als einladend oder abweisend erfahren, hängt von unserem Engagement, unserer Solidarität als Christen, als Bürger dieses Einwanderungslandes ab.

Sichtbare und erfolgreiche Anstrengungen zur praktischen Lösung der Probleme, die sich bei der Aufnahme so vieler Fremder stellen. Die vielgerühmte „Willkommenskultur“, an der Christen und Kirchengemeinden ganz wesentlich beteiligt waren, bleibt ein Anlass für Bürgerstolz. Denn Bürger haben in den ersten Monaten die Aufgaben übernommen, die der Staat nicht so schnell erfüllen konnte, die er aber nun zuverlässig erfüllen muss. Doch je größer die Zahl, umso größer die Integrationsprobleme. Deshalb ist es unvermeidlich, über Begrenzungen der Zuwanderung zu streiten, darüber, wie das politisch vernünftig, rechtlich einwandfrei und menschenfreundlich gelingen kann. Streit gehört in der Demokratie zum Ringen nach den besten Lösungen. Doch Einigkeit im Ziel ist wichtig, dass Europa keine Festung sein kann und darf.

Eine offene und offensive Debatte darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.
Wir Ostdeutschen haben doch nicht die Mauer eingedrückt, damit wir unter uns bleiben in einer geschlossenen eingesperrten Gesellschaft. Wir wollten doch ins Offene und Freie! Wollen wir also jetzt das vereinigte Land und den vereinigten Kontinent als Festung verteidigen und einen Wohlstandsnationalismus oder gar Wohlstandschauvinismus pflegen? Oder wollen wir nicht vielmehr eine Gesellschaft der Grundwerte, der Menschenrechte sein? Der wichtigste Satz des Grundgesetzes heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Da steht nicht, die Würde des Deutschen ist unantastbar. Die Zustimmung zu diesem Satz, sowohl von den zu uns Kommenden wie auch von der Aufnahmegesellschaft, ist die Bedingung für jede Debatte darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Bereitschaft, sich den Konflikten zu stellen und die notwendige Debatte zu führen.
Unser Land wird ethnisch, religiös und kulturell vielfältiger und damit widersprüchlicher. Dieser Pluralismus wird keine Idylle sein, sondern steckt voller politisch-sozialer und religiös-kultureller Konfliktpotentiale. Integration in einer migrantischen Gesellschaft kann nur gelingen, wenn wir eine Vorstellung davon haben, wo hinein die zu uns Kommenden integriert werden sollen und wir die Fragen beantworten: Wer wir sind? Was haben wir anzubieten? Wozu laden wir ein? Worauf haben wir uns miteinander einzulassen? Und das mit gelassenem Selbstbewusstsein; denn viele der Flüchtlinge wollen unbedingt nach Deutschland – wegen unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands, gewiss. Aber doch auch wegen unseres Rechtsstaates, unserer Demokratie, unserer politischen Stabilität, die Schutz, Sicherheit und Zukunft verheißen.

MEINE ANTWORTEN IN ZEHN PUNKTEN:

1. Das Angebot unserer Verfassungswerte

Das sind die Regeln und Angebote unseres Rechts- und Sozialstaates, die für alle gelten, für die Einheimischen und für die Kommenden. Die Grundwerte unserer Verfassung stehen nicht zur Disposition, dürfen es nicht! Unantastbarkeit der Menschenwürde, Gleichberechtigung, Respekt vor den Gesetzen des säkularen Rechtsstaates, Unterscheidung von Politik und Religion, Trennung von Kirche und Staat, Religionsfreiheit und Freiheit der Presse und der Kunst, Toleranz, Selbstbestimmung des Individuums, die nicht durch Kollektivnormen, auch nicht die einer patriarchalen Kultur, beschränkt werden darf. Diese Werte verpflichten alle, die zu uns Kommenden wie auch die Einheimischen – sie verpflichten also auch AfD, Pegida, Neonazis!

Schulstiftung
im Bistum Osnabrück

2. Bildung und Ausbildung

Die deutsche Sprache zu erlernen, Ausbildung und Arbeit zu finden, das sind die ersten notwendigen Schritte von Integration. Sie verlangen Anstrengungen von beiden Seiten – der zu uns Kommenden, denen wir sie abverlangen müssen und dürfen, und der aufnehmenden Gesellschaft, unseres Bildungssystems, der Arbeitgeber, der Gemeinden. Gerade Schulen leisten hier viel. Wenn diese anstrengende Integration gelingt, wird sie unseren Wohlstand und unser friedliches Zusammenleben befördern.

3. Erarbeitung des ethischen und kulturellen Fundaments gelingenden Zusammenlebens

Dieses Fundament bedarf gemeinsamer Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Toleranz und Respekt, von der Gleichwertigkeit aller Menschen. Dieses nicht-unmittelbar-politische, sondern ethische und kulturelle Fundament gelingenden Zusammenlebens ist umstritten, gefährdet, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, weitergegeben, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des verstorbenen ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.“ Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens tragen Schulen und andere Bildungseinrichtungen, aber nicht allein. Alle Bürger tragen sie, alle kulturellen Kräfte in einer Gesellschaft, auch Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, im Dialog, in der Debatte miteinander. Diese Verantwortung wächst in einer pluralistischer werdenden Gesellschaft. Neben den materiellen Anstrengungen müssen geistige und kulturelle Bemühungen treten, damit Integration gelingt. Und da sind auch Christen gefragt.

4. „Das Eigene muss so gut gelernt sein wie das Fremde.“

Gerade in Zeiten heftiger Umbrüche, beschleunigter technisch-wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer und ethnischer Veränderungen ist das individuelle und kollektive Bedürfnis nach Vergewisserung und Verständigung, nach Identität besonders groß. Und damit sind wir im Zentrum der Kultur. Kultur ist aber mehr als normativer Konsens, als individuelle Werteübereinstimmung, auch mehr als das Bewusstsein von der Kostbarkeit und der Gefährdung der Freiheit und der Menschenwürde, sie ist vor allem Raum der Emotionen, der Artikulation und Affektation unserer Sinne, Raum des Leiblichen und Symbolischen – wie auch und gerade des Religiösen und des Weltanschaulichen. Und sie ist der Ort der Differenzen, ihrer Schärfung und Milderung zugleich und immer ein geschichtlich geprägtes Ensemble von Lebens-Stilen und Lebens-Praktiken, von Überlieferungen, Erinnerungen, Erfahrungen, von Einstellungen und Überzeugungen, von ästhetischen Formen und künstlerischen Gestalten. Kultur prägt mehr als andere Teilsysteme der Gesellschaft die Identitäten von Gruppen, einer Gesellschaft, einer Nation.
Von Hölderlin stammt der treffende Satz: „Das Eigene muss so gut gelernt sein wie das Fremde.“ Wie ernst nehmen wir das Eigene, die eigene Kultur? Die islamistischen Terroristen nehmen westliche Kultur und Lebensstil so ernst, wie der Westen vielleicht längst nicht mehr – so ernst, dass sie ihn bekämpfen. „Die wollen Terror, aber wir antworten mit Kultur, die stärker ist als Ignoranz,“ so Matteo Renzi. Über die Kultur, mit der wir antworten, müssen wir uns verständigen und Auskunft geben können.

5. „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“

Wer nach Deutschland kommt, der kommt in ein geschichtlich und kulturell geprägtes Land, der kommt – und das ist eine wesentliche Dimension von Kultur – in eine Erinnerungsgemeinschaft. Als Bundespräsident sagte Joachim Gauck: „Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Gauck spricht hier von einer kulturellen Erbschaft, die nicht auszuschlagen ist. Integration nach Deutschland hinein enthält diese historisch-kulturelle Zumutung. Charlotte Knobloch formuliert es so: „Wer hier leben will, muss verstehen und respektieren, dass die aktive Erinnerung an den Holocaust ebenso Staatsräson ist wie der Kampf gegen Antisemitismus sowie das Einstehen für die Existenz und die Sicherheit

VERSTEHEN.
VERTRAUEN.
VERANTWORTEN.

Israels.“ Das gilt nicht nur für die Neuankömmlinge, sondern auch für die Alteingesessenen, nicht nur für Muslime, sondern auch für Christen.

6. „Wer sich selbst nicht respektiert, kann keinen Respekt erwarten.“

Zu der notwendigen Selbstverständigung darüber, was das Eigene ist, was wir in diesem Land den zu uns Kommenden anzubieten haben, wozu wir sie einladen, gehört die Antwort auf die Frage, welchen – nicht nur historischen – Rang und welche Gegenwärtigkeit die christliche Prägung unserer Kultur und unseres Landes beanspruchen darf und soll, die sie in Widerspruch und Gemeinsamkeit mit dem Prozess der Aufklärung erfahren hat. Diese Frage erzeugt, wenn ich es richtig beobachte, in der Öffentlichkeit nicht selten Reaktionen zwischen Irritation und Unsicherheit, zwischen Trotz und Verschämtheit. Als sei schon der Hinweis etwas Unziemliches und Integrationsfeindliches, dass unsere Kultur – nicht allein, aber doch wesentlich – christlich geprägt ist. „Es geht nicht darum, sich selbst zu verleugnen, sondern den anderen zu achten. Wer sich selbst nicht respektiert, kann keinen Respekt erwarten“, so hat es Navid Kermani formuliert. Das ist nach meiner Überzeugung die eigentliche Herausforderung von zunehmendem religiös-weltanschaulichem Pluralismus: Nicht einfach Atheismus, nicht Laizismus, nicht die Zurückdrängung der Religion ist die Antwort auf Weltanschauungen und Kulturen im Plural, sondern sich der Anstrengung zu unterziehen, das Eigene zu vertreten und zu übersetzen, den Anderen zu verstehen suchen.

Jürgen Habermas: „In der Rolle von demokratischen ‚Mitgesetzgebern‘ gewähren sich alle Staatsbürger gegenseitigen grundrechtlichen Schutz, unter dem sie als Gesellschaftsbürger ihre kulturelle und weltanschauliche Identität bewahren und öffentlich zum Ausdruck bringen können.“ Denn: Der weltanschaulich neutrale, demokratische Staat bleibt auf Menschen angewiesen, die sich in Weltanschauungs- und Religionsfragen nicht neutral verhalten – die sich aber ausdrücklich auf Fairness und Friedfertigkeit im Verhältnis zueinander verpflichten lassen.

7. Den eigenen Wahrheitsanspruch mit der respektvollen Anerkennung des Wahrheitsanspruchs des Anderen verbinden

Eine freie, pluralistische Gesellschaft ist nicht gemütlich, sie ist eine Zumutung. Denn mit Pluralismus ist gemeint: die konfliktreiche, strapaziöse Vielfalt von Überzeugungen, Wahrheitsansprüchen, Wertorientierungen, Lebensweisen, sozialen Lagen, kulturellen Prägungen. Wie lässt sich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die kulturelle und religiös-weltanschauliche Vielfalt in unserer Gesellschaft „ertragen“, besser „leben“ – ohne Ängste, Ausgrenzungen, Unterdrückung und Gewalt? Ohne religiös-weltanschauliche Toleranz ist in einer freien Gesellschaft dieser Zusammenhalt nicht zu haben, sondern Toleranz ist geradezu existenziell nötig. In einer weltanschaulich-homogenen Gemeinschaft – ebenso wenig in einer totalitären Gesellschaft – bräuchte man sie nicht. Erst in einer Gesellschaft der Differenzen erweist sich Toleranz als notwendige und zugleich anstrengende Tugend, um die man sich sorgen und kümmern muss – auch und gerade, wenn Religions- und Meinungsfreiheit von Staats wegen verfassungsmäßig garantiert sind. Toleranz aber ist eine herbe, anstrengende Tugend. Denn anders als ihr populäres Missverständnis ist sie eben nicht laissez faire, Indolenz, Desinteresse, Gleichgültigkeit, Beliebigkeit. Bei der Toleranz als einer Tugend der praktischen Vernunft geht es um die schwierige Verbindung von eigenem Wahrheitsanspruch mit der Anerkennung des Wahrheitsanspruchs des Anderen. Sie meint eben nicht bloße, gnädige, herablassende Duldung, sondern meint Respekt! So verstanden ist Toleranz eine unersetzliche Dimension von Gerechtigkeit – so wie ich als Sozialdemokrat sie verstehe: Gerechtigkeit als gleiche Freiheit. Toleranz ist das Zentrum einer gelebten Kultur der Anerkennung gleicher Lebens- und Freiheitsrechte.

8. Wenn Religion ein Teil unserer Probleme ist, dann muss und soll und kann sie auch Teil der Lösung sein.

Wir alle, also Juden, Christen, Muslime und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und ebenso Agnostiker und Atheisten, sind Teil des Pluralismus – wir stehen nicht über ihm, haben keinen Ort außerhalb. Das ist für mich auch der vernünftige Sinn des Satzes: „Der Islam gehört zu Deutschland“ – so wie – geschichtlich selbstverständlicher – das Christentum und das Judentum und die Aufklärungs-

traditionen zu Deutschland gehören. Was aber bedeutet dieses Wort „gehört“ wirklich? Werden wir diesen anspruchsvollen Satz durchhalten können in unserem Land – angesichts der wachsenden Zahl von Menschen muslimischen Glaubens? Sich auf diesen Prozess einzulassen ist eine große Herausforderung, erzeugt sowohl Misstöne und Ressentiments als auch Angst und Unsicherheit. Eine diffuse Abwehr von Religion greift um sich: „Islamisierung des Abendlandes“ heißt die „Gefahr“ auf der Straße (Pegida-Anhänger sind meist konfessionslos). In den Feuilletons ist die Rede von den monotheistischen Religionen als gewaltfördernd, als „Brandstifter und Brandbeschleuniger“. Ohne die Religionen wäre die Welt friedlicher, ist ein geläufiger Glaubenssatz unter den intellektuellen Eliten, die dabei die ziemlich areligiösen Hitler, Stalin, Mao, PolPot und die durch sie verantworteten Gewaltverbrechen des 20. Jahrhunderts schlicht vergessen. Eine religionsfeindliche Stimmung verbreitet sich. Die Verteidigung von Liberalität schlägt um in illiberale Praxis: Man denke an Verbotsforderungen verschiedenster Art, etwa in Frankreich (Burkini-) und in Deutschland (Burkaverbot). Diejenige Religion sei eben die beste, die man weder sieht noch hört, die einen nicht belästigt – ein sehr bequemes Verständnis von Freiheit. Dagegen sage ich ausdrücklich: Wenn Religion ein Teil unserer Probleme ist, dann muss und soll und kann sie auch Teil der Lösung sein! Nicht deren Herausdrängen aus der Öffentlichkeit ist die richtige Reaktion, sondern die Aktivierung und Nutzung ihrer friedensorientierenden, gemeinsinnstiftenden Potentiale. Die Frage nach der Gefährlichkeit von Religion und ihrem Gewaltpotential ist dabei ernst zu nehmen, aber wie? Angesichts der Nachrichten über unter Berufung auf den Islam begangene Gewalttaten gilt es einerseits, die Unterscheidung von Islam und Gewalt festzuhalten, sie immer neu zu betonen – ohne einen sippenhaftartigen Bekenntniszwang gegenüber den deutschen Muslimen auszuüben und ohne die frustrierende ständige Distanzierungsaufforderung an unsere muslimischen Nachbarn. An dieser Unterscheidung, zu der gerade wir Christen beizutragen haben, müssen wir festhalten. Andererseits: Die ständige Wiederholung der beschwörenden Abwehrformel: „Das alles hat nichts mit dem Islam zu tun“ – sie hat, fürchte ich, gegenteilige Wirkung bei vielen, denn viele Terroristen sind nun mal Muslime bzw. genauer: sie behaupten, es zu sein, und berufen sich unüberhörbar und unübersehbar auf den Koran. „Es gibt eine friedliebende Deutung des Korans, aber auch eine gewalttätige“, sagt der islamische Theologe Mouhanad Khorchide. Ahmad Mansour, der Berliner Muslim, hat in einem Spiegel-Essay geschrieben: „Wenn Kanzlerin Angela Merkel jetzt sagt: „Der Islam gehört zu Deutschland“, dann möchte ich sie fragen: welcher Islam? Muslime gehören zu Deutschland, zweifellos. Aber mein Islam ist ein anderer als der Islam der Hassprediger, ein Islam, der nicht in eine Demokratie gehört.“ Einen freiheitsfeindlichen Islam, einen militanten Islamismus können wir in Deutschland nicht tolerieren – um des friedlichen Zusammenlebens willen. Ein solcher Islam gehört nicht zu Deutschland. Wenn wir also ausdrücklich ja zum Islam als einem Teil Deutschlands sagen, dann erlaubt und verlangt dieses Ja dann auch Fragen: nach Reformen im Islam, nach seiner Vielfalt, seiner inneren Differenzierung, seiner Theologie, nach den Unterschieden zwischen einem europäischen (deutschen?) Islam und dem Islam etwa in Saudi-Arabien oder anderen islamisch bestimmten Staaten ohne Religionsfreiheit.

Wenn Religion ein Teil unserer Probleme ist, dann muss und soll und kann sie auch Teil der Lösung sein!

9. Es wird sehr anstrengend werden!

Denn es geht darum, wechselseitige Zumutungen friedlich zu ertragen, freundlich mit ihnen umzugehen. Nur einige Beispiele: Juden ,Christen und Konfessionslosen wird in Deutschland zugemutet werden, dass Muslime noch mehr Moscheen bauen, dass sie im Ramadan sichtbar fasten, dass muslimische Frauen freiwillig (!) Kopftuch tragen, dass es Lokale ohne Alkohol, dafür aber mit Halal-Fleisch gibt, dass die Vorstellungen über die Familie oft sehr konservativ sind. Die Muslime ihrerseits haben zu akzeptieren, dass die Freiheit für alle gilt, auch für Frauen, die nicht unter dem Patriarchat leben möchten, für Schwule, für Religionskritiker, für andere Religionen und Bekenntnisse. Die Muslime müssen respektieren, dass die Gesetze der Religion nicht über den Gesetzen des Staates stehen, sondern in diesen ihre Grenzen finden. Und sie müssen

lernen, dass Islam-Kritik nicht gleich Islam-Feindschaft ist. Das aber heißt konkret: Immer wieder neu und im Streit ist auszuhandeln, was verträglich und vernünftig ist. Darf eine Grundschullehrerin im Unterricht ein Kopftuch tragen? Muss man hinnehmen, dass strenge Muslime Frauen nicht die Hand geben? Darf man Tiere ohne Betäubung schächten? Welche Mitsprache sollen muslimische Verbände beim Religionsunterricht haben? Wo verläuft die Grenze zwischen arrangierter Hochzeit und Zwangshochzeit? Darf man sein Kind vom Schwimmunterricht abmelden, weil es andere Kinder in Badehose sehen könnte? In Sachen Burkini, Burka, Niquab ist der Streit schon heftigst im Gange. Ich fürchte mich vor dessen parteipolitischer Instrumentalisierung und glaube nicht, dass wir den Streit durch flotte Verbote vermeiden können.
Es wird also sehr viel Anlässe für ungemütlichen Streit geben. Um es noch einmal grundsätzlich zu sagen: Alle – Juden, Christen, Muslime, Atheisten, Agnostiker usw., Einheimische wie zu uns Gekommene – wir alle werden uns der Debatte stellen müssen: Was begrenzt kulturell-religiös-weltanschauliche Selbstbestimmung, was ist das verpflichtend Gemeinsame, worauf gründen wechselseitige Anerkennung und Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft der Verschiedenen? Was ist Toleranz? Wie weit muss, darf sie gehen? Brauchen wir Verbote? Wie vergewissern wir uns des Gemeinsamen, damit wir Vielfalt friedlich leben können? Es geht um das ethische und kulturelle Fundament gelingenden Pluralismus, gelingender Demokratie. Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Unterdrückung der Frau, religiöse Intoleranz – das sind keine Beiträge zu diesem Fundament, sie zerstören es vielmehr, egal ob sie von Zuwanderern oder von Menschen aus dem eigenen Land ausgedrückt werden.

10. Angst überwinden, Ängste nehmen durch Aufklärung, Begegnung, gemeinsames Handeln

Angst und Hass sind sehr verschiedene Emotionen. Angst überwindet man nicht durch Schulterklopfen oder Beschimpfungen, sondern durch Aufklärung, durch Gespräch, durch Begegnung, durch gemeinsames Handeln. Hass gegen Fremde, gegen Ausländer, gegen Juden, gegen Demokraten haben wir offensiv zu begegnen, zu widersprechen und zu widerstehen. Die Artikulation von Besorgnissen ist etwas gänzlich anderes als Hetze. Wir sollten sehr auf solche Unterscheidungen achten und danach handeln.
„Niemand kann verlangen, dass unser Land sich ändert," so der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban im Herbst 2015. Das ist ein Satz der Angst, von der ich vermute, dass viele Menschen auch in unserem Land sie teilen. Es ist aber auch ein fataler Satz. Denn wir wissen doch: Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft. Das ist doch auch die Erfahrung von 1989: Geschlossene, eingesperrte Gesellschaften bedeuten Stillstand, sind nicht überlebensfähig, müssen überwunden werden!
Deshalb ist es unsere Aufgabe gerade als Angehörige verschiedener Überzeugungsgemeinschaften, als demokratische Bürger, auch als Mitglieder demokratischer Parteien und Religionsgemeinschaften, vor allem von uns als Christen, die Ängste bei den vielen überwinden zu helfen, die Aufgabe der Integration anzunehmen und zu gestalten. Mit menschlichem Anstand, mit Kraft und Ausdauer, mit langem Atem. „Ohne Angst und Träumerei" – so hat es der frühere Bundespräsident Johannes Rau einmal formuliert.

Schuliftung im Bistum Osnabrück
Domhof 2, 49074 Osnabrück
Telefon 0541 318-189, e-Mail info@schulstiftung-os.de